

Bundesministerium der Verteidigung (Einzelplan 14)

50 Entwicklung des Einzelplans 14 Kat. A

50.1 Überblick

Die Bundeswehr besteht aus den Streitkräften und der Bundeswehrverwaltung. Ihre Aufgaben leiten sich aus den Zielen deutscher Sicherheits- und Verteidigungspolitik ab. Hierzu zählen u. a. die Landesverteidigung in der Nordatlantischen Allianz, die internationale Konfliktverhütung und Krisenbewältigung einschließlich des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus, die Unterstützung von Bündnispartnern, der Schutz Deutschlands und seiner Bevölkerung, aber auch Hilfeleistungen bei Katastrophen und Unglücksfällen. Die erforderlichen Haushaltsmittel stellt der Einzelplan 14, der sogenannte Verteidigungshaushalt, bereit.

Die Bundesregierung leitete im Juni 2010 eine Strukturreform der Bundeswehr ein. Ziel dieser Neuausrichtung ist es, Aufgaben und Fähigkeiten der Bundeswehr den sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen anzupassen. Dabei sollen Parallelstrukturen beseitigt sowie Entscheidungsprozesse und Verfahren gestrafft werden. Das Ergebnis soll eine schlanke, finanzierbare sowie einsatz- und fähigkeitsorientierte Bundeswehr sein. In diesem Zusammenhang passt das Bundesverteidigungsministerium auch die Präsenz der Bundeswehr in Deutschland den neuen Rahmenbedingungen an. Künftig soll die Bundeswehr noch an 263 Standorten vertreten sein.

Im Zuge der Neuausrichtung wird die Bundeswehr das zivile und militärische Personal schrittweise reduzieren. Hierzu trägt auch bei, dass seit dem Jahr 2011 die Wehrpflicht in Friedenszeiten ausgesetzt ist. In der Zielstruktur soll die Bundeswehr bis zu 185 000 Soldatinnen und Soldaten umfassen, davon 5 000 bis 15 000 freiwillig Wehrdienstleistende sowie 2 500 Reservistinnen und Reservisten. Für das zivile Personal sind 55 000 Planstellen und Stellen vorgesehen.

Im Jahr 2012 entfielen auf den Verteidigungshaushalt 33,5 Mrd. Euro. Das entsprach 10,9 % der Gesamtausgaben des Bundes. Für das Jahr 2014 sind Verteidigungsausgaben von 32,8 Mrd. Euro und damit 11,1 % der Gesamtausgaben des Bundes vorgesehen. Tabelle 50.1 gibt einen Überblick über den Einzelplan.

Tabelle 50.1

**Übersicht über den Einzelplan 14^a
Bundesministerium der Verteidigung**

| | 2012 Soll | 2012 Ist | Abwei- chung Soll/Ist | 2013 Soll | 2014 1. Haus- halts- entwurf ^b | Verän- derung 2013/2014 |
|---|----------------------------|----------------------|-----------------------------|--------------|--|-------------------------------|
| | in Mio. Euro | | | | | in % |
| Ausgaben des Einzelplans | 31 871,9 | 33 505,8 | 1 634,0 | 33 258,1 | 32 835,7 | -1,3 |
| darunter: | | | | | | |
| • Bundesministerium | 372,6 | 429,2 | 56,6 | 408,6 | 436,7 | 6,9 |
| • Kommandobehörden | 8 745,1 | 9 237,6 | 492,5 | 9 139,4 | 8 914,3 | -2,5 |
| • Bundeswehrverwaltung | 3 068,5 | 4 354,5 | 1 286,0 | 3 156,4 | 3 048,1 | -3,4 |
| • Sonstiger Betrieb | 2 026,8 | 2 022,6 | -4,2 | 2 072,0 | 2 029,2 | -2,1 |
| • Materialerhaltung | 2 180,5 | 2 158,1 | -22,4 | 2 206,3 | 2 315,5 | 4,9 |
| • Unterbringung | 4 072,8 | 4 032,3 | -40,5 | 4 782,3 | 4 871,5 | 1,9 |
| • Militärische Beschaffungen | 5 159,5 | 4 903,5 | -256,0 | 4 891,5 | 4 731,4 | -3,3 |
| • Wehrforschung | 918,1 | 885,4 | -32,7 | 927,4 | 815,4 | -12,1 |
| • Versorgungsausgaben | 4 692,3 | 4 930,9 | 238,6 | 5 037,6 | 5 040,8 | 0,1 |
| Einnahmen des Einzelplans | 323,6 | 642,4 | 318,8 | 323,3 | 292,1 | -9,7 |
| darunter: | | | | | | |
| • Veräußerungserlöse | 125,2 | 113,7 | -11,5 | 131,0 | 102,4 | -21,8 |
| • Heilbehandlung Dritter | 79,5 | 174,3 | 94,8 | 79,5 | 79,5 | 0 |
| • Erstattungen aus internationalen Einsätzen | -- | 124,0 | 124,0 | -- | -- | 0 |
| Verpflichtungsermächtigungen | 8 942,4 ^c | 4 993,0 | -3 949,4 | 8 050,4 | 4 329,4 | -46,2 |
| | Planstellen/Stellen | | | | | in % |
| Personal | 287 220 | 268 629 ^d | -18 591 | 281 479 | 275 540 | -2,1 |

Erläuterungen: ^a Rundungsdifferenzen möglich.

^b Mit dem Ablauf der Wahlperiode des Deutschen Bundestages wird der 1. Haushaltsentwurf nicht weiterverfolgt (§ 125 GO-BT; s. auch Vorbemerkung Nr. 4).

^c Einschließlich über- und außerplanmäßiger Verpflichtungsermächtigungen.

^d Ist-Besetzung am 1. Juni.

Quelle: Einzelplan 14. Für das Jahr 2012: Haushaltsrechnung; für das Jahr 2013: Haushaltsplan; für das Jahr 2014: 1. Haushaltsentwurf.

Im Jahr 2012 gab das Bundesverteidigungsministerium für die Kommandobehörden (Kapitel 1403) 492,5 Mio. Euro (5,6 %), die Bundeswehrverwaltung (Kapitel 1404) 1,3 Mrd. Euro (41,9 %) und für Versorgungsausgaben (Kapitel

1467 und 1468) 238,6 Mio. Euro (5,1 %) mehr als geplant aus. Für militärische Beschaffungen (Kapitel 1416) gab es hingegen 256 Mio. Euro (5 %) weniger als geplant aus.

Die Mehrausgaben für die Kommandobehörden (Kapitel 1403), die Bundeswehrverwaltung (Kapitel 1404) und die Versorgungsausgaben (Kapitel 1467 und 1468) begründete das Bundesverteidigungsministerium insbesondere mit höheren Ausgaben für das aktive und ehemalige militärische und zivile Personal. Bei Kapitel 1403 seien zudem Mehrausgaben für Maßnahmen im Zusammenhang mit internationalen Einsätzen angefallen. Die Minderausgaben bei den militärischen Beschaffungen (Kapitel 1416) führte das Bundesverteidigungsministerium darauf zurück, dass Rüstungsunternehmen Waffensysteme, militärisches Gerät sowie Munition nicht vertragsgemäß geliefert hätten. Infolgedessen habe die Bundeswehr Zahlungen einbehalten.

Im Haushaltsjahr 2012 waren im Einzelplan 14 Verpflichtungsermächtigungen von 8,9 Mrd. Euro veranschlagt. Tatsächlich nahm das Bundesverteidigungsministerium 5 Mrd. Euro in Anspruch. Der Ausnutzungsgrad, also das Verhältnis zwischen den in Anspruch genommenen und den veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen, betrug somit 55,8 %. Der Ausnutzungsgrad im Gesamthaushalt lag im selben Zeitraum bei 69 %.

Noch im Vorjahr betrug der Ausnutzungsgrad im Einzelplan 14 lediglich 18,2 %. Der Bundesrechnungshof kritisierte diese vergleichsweise niedrige Quote. Er wies darauf hin, dass ein niedriger Ausnutzungsgrad auf die Veranschlagung von nicht etatreifen Verpflichtungsermächtigungen zurückzuführen sein könnte. Den nunmehr deutlich höheren Ausnutzungsgrad im Einzelplan 14 bewertet der Bundesrechnungshof als einen Schritt in die richtige Richtung.

Gegenüber dem Finanzplan 2012 bis 2016 sinkt der Eckwert für den Verteidigungshaushalt im Jahr 2014 um 147,3 Mio. Euro. Mit diesen Mitteln soll der Einzelplan 14 zur Gegenfinanzierung der Ausgaben für das Betreuungsgeld beitragen. Bis zum Jahr 2017 soll sich der vom Verteidigungshaushalt zu tragende Anteil auf rund 1 Mrd. Euro summieren.

Der Haushaltsentwurf für das Jahr 2014 weist einige wesentliche Veränderungen gegenüber den Titelsätzen des Vorjahres auf:

- Die Titelsätze für das Bundesverteidigungsministerium (Kapitel 1401) steigen um 28,1 Mio. Euro (6,9 %). Dies ist im Wesentlichen auf höhere Ausgaben für das militärische Personal der Bundeswehr zurückzuführen.
- Die Titelsätze für die Materialerhaltung (Kapitel 1409) steigen um 109,2 Mio. Euro (4,9 %). Hiervon sind allein 91 Mio. Euro für die Materialerhaltung von Luftfahrzeugen vorgesehen.
- Die Titelsätze für die Wehrforschung (Kapitel 1420) sinken um 112 Mio. Euro (-12,1 %). Dies ist auf zum Teil deutlich reduzierte Ausgaben bei vier Forschungs- und Entwicklungstiteln zurückzuführen.

Tabelle 50.2 gibt eine Übersicht über Einnahmen, Ausgaben, Planstellen und Stellen im Geschäftsbereich des Bundesverteidigungsministeriums. Zum 1. Juni 2012 waren 268 629 Planstellen und Stellen besetzt. Davon entfielen 182 024 auf militärisches sowie 86 605 auf ziviles Personal. Darüber hinaus waren im Einzelplan 14 Stellen für 2 500 Reservistinnen und Reservisten sowie bis zu 12 500 freiwillig Wehrdienstleistende vorgesehen.

Tabelle 50.2

**Übersicht über den Geschäftsbereich
des Bundesverteidigungsministeriums**

| Bereich | Einnahmen 2012 (Ist) | Ausgaben 2012 (Ist) | Planstellen/Stellen Ist am 1. Juni 2012 |
|----------------------|-------------------------|------------------------|--|
| | in Mio. Euro | | |
| Bundesministerium | 0,2 | 429,2 | 2 989 |
| Kommandobehörden | 302,8 | 9 237,6 | 180 836 |
| Bundeswehrverwaltung | 47,9 | 4 354,5 | 84 804 |

Quelle: Einzelplan 14: Haushaltsrechnung für das Jahr 2012 und Haushaltsplan für das Jahr 2013.

50.2 Haushaltsstruktur und -entwicklung

Für jedes Haushaltsjahr erstellt das Bundesverteidigungsministerium „Erläuterungen und Vergleiche zum Regierungsentwurf des Verteidigungshaushalts“, in denen es die Ausgaben strukturiert und vier Ausgabenbereichen zuordnet. Tabelle 50.3 gibt eine Übersicht über die Verteilung der geplanten Ausgaben auf die Ausgabenbereiche in den Jahren 2013 und 2014:

Tabelle 50.3

Übersicht über die Verteilung der geplanten Ausgaben auf die Ausgabenbereiche

| Ausgabenbereich | 2013 | | 2014 | |
|------------------------------------|--------------|-----------------------------------|---------------------|-----------------------------------|
| | Soll | Anteil am Plafond ^a | 1. Haushaltsentwurf | Anteil am Plafond ^a |
| | in Mio. Euro | in % | in Mio. Euro | in % |
| Betriebsausgaben | 19 482,1 | 58,6 | 19 388,1 | 59,0 |
| Betreibermodelle | 1 617,9 | 4,9 | 1 564,0 | 4,8 |
| Verteidigungsinvestive Ausgaben | 7 120,5 | 21,4 | 6 842,8 | 20,8 |
| Versorgungsausgaben | 5 037,6 | 15,1 | 5 040,8 | 15,4 |

Erläuterung: ^a Gesamtausgaben laut Eckwertebeschluss.

Quelle: Erläuterungen und Vergleiche des Bundesverteidigungsministeriums zum Regierungsentwurf des Verteidigungshaushalts.

- Zu den Betriebsausgaben zählen z. B. Ausgaben für das zivile und das militärische Personal, für die Materialerhaltung, für Verpflegung, für Betriebsstoffe und für die Bewirtschaftung der Liegenschaften.
- Bei den Betreibermodellen handelt es sich um Kooperationen mit der privaten Wirtschaft, mit deren Hilfe die Bundeswehr z. B. ihren Bedarf an IT-Dienstleistungen und an Fahrzeugen deckt.
- Zu den verteidigungsinvestiven Ausgaben zählen die Ausgaben für militärische Beschaffungen, für militärische Anlagen einschließlich NATO-Infrastruktur, für Forschung, Entwicklung und Erprobung einschließlich Zuwendungen an Forschungsinstitute sowie für sonstige Investitionen.
- Bei den Versorgungsausgaben handelt es sich um Ausgaben für die Versorgung, die der Bund für ehemalige Soldatinnen und Soldaten, Beamtinnen und Beamte der Bundeswehr sowie deren Hinterbliebene leistet. Zu den Versorgungsausgaben zählen auch Übergangsbeihilfen für ausscheidende Soldatinnen und Soldaten auf Zeit.

Das Bundesverteidigungsministerium wendet nahezu 80 % seiner Haushaltsmittel für Betriebsausgaben, Versorgungsausgaben und Betreibermodelle auf. Die Höhe dieser Ausgaben kann es kurzfristig nur bedingt beeinflussen. So kann es z. B. Personal nicht beliebig einstellen oder entlassen und Standorte nicht kurzfristig verändern.

Seit dem Jahr 1992 beeinflussen internationale Einsätze zunehmend den Verteidigungshaushalt. Die Haushaltsmittel zur Deckung des unmittelbar einsatzrelevanten Bedarfs sind als einsatzbedingte Zusatzausgaben bei Kapitel 1403 Titelgruppe 08 veranschlagt.

Im Zusammenhang mit internationalen Einsätzen gab die Bundeswehr in den Jahren 1992 bis 2012 insgesamt 16,9 Mrd. Euro aus. Dabei lagen die einsatzbedingten Zusatzausgaben im Jahr 2012 bei 1,4 Mrd. Euro. Im Jahr 2014 sind hierfür 775 Mio. Euro vorgesehen. Den deutlich geringeren Mittelbedarf begründet das Bundesverteidigungsministerium mit dem bevorstehenden Ende des ISAF-Einsatzes (International Security Assistance Force) im Dezember 2014. Die Bundesregierung reduziert ab dem Jahr 2013 schrittweise die Präsenz der Bundeswehr in Afghanistan.

50.3 Ausgaben

50.3.1 Betriebsausgaben

Die geplanten Betriebsausgaben sind in den vergangenen Jahren um 1,7 Mrd. Euro angestiegen (vgl. Tabelle 50.4). Die höheren Titelansätze in den Jahren 2011 bis 2013 sind im Wesentlichen auf die Einführung des Einheitlichen Liegenschaftsmanagements in der Bundeswehr zurückzuführen. In diesem Zeitraum übertrug die Bundeswehr das Eigentum an ihren inländischen Liegenschaften schrittweise auf die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (Bundesanstalt).

Tabelle 50.4

Übersicht über die Entwicklung der Betriebsausgaben im Einzelplan 14

| | Haushaltsjahr | | | | |
|------------------------------------|---------------|--------------|--------------|--------------|----------------------------------|
| | 2010 Soll | 2011 Soll | 2012 Soll | 2013 Soll | 2014 1. Haus- haltsentwurf |
| Betriebsausgaben (in Mio. Euro) | 17 732,6 | 18 747,1 | 18 259,2 | 19 482,1 | 19 388,1 |
| Veränderung zum Vorjahr (in %) | 0,7 | 5,7 | -2,6 | 6,7 | -0,5 |

Quelle: Erläuterungen und Vergleiche des Bundesverteidigungsministeriums zum Regierungsentwurf des Verteidigungshaushalts.

Seit der Eigentumsübertragung zahlt das Bundesverteidigungsministerium Mieten an die Bundesanstalt. Dabei sind die Ausgaben aus dem Einzelplan 14 zugleich Einnahmen der Bundesanstalt und werden im Einzelplan 60 verbucht. Für das Jahr 2014 sind im Einzelplan 14 insgesamt 2,6 Mrd. Euro für Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement für alle Bundeswehrliegenschaften einschließlich der beiden Dienstsitze des Bundesministeriums in Bonn und Berlin veranschlagt. Diese Haushaltsmittel erhält das Bundesverteidigungsministerium zusätzlich. Ein Substanzgewinn für den Einzelplan 14 ist damit nicht verbunden.

50.3.1.1 Personalausgaben

Für das Jahr 2014 sind im Einzelplan 14 Personalausgaben von 10,5 Mrd. Euro vorgesehen. Sie machen damit mehr als die Hälfte der Betriebsausgaben aus. Im Zuge der Strukturreform will die Bundeswehr ihren Personalbestand um etwa 23 300 zivile und militärische Beschäftigte reduzieren. Gleichzeitig benötigt sie neues Personal, um ihren veränderten Bedarf an Fachkräften zu decken. Sie nutzt unterschiedliche Instrumente, um ihren Personalbestand der neuen Struktur anzupassen. So stellt sie beispielsweise in einigen Bereichen derzeit weniger neues Personal ein, als erforderlich wäre, um ausscheidendes Personal vollständig zu ersetzen.

Im Jahr 2014 sollen dem Bundesverteidigungsministerium im Einzelplan 60 zusätzlich bis zu 750 Mio. Euro für Personalausgaben zur Verfügung stehen. Der Einzelplan 14 kann aus diesen Mitteln verstärkt werden. Mit ihnen unterstützt die Bundesregierung den Abbau des Zivilpersonals der Bundeswehr. „Überhangpersonal“ soll bevorzugt zu anderen Ressorts oder zu anderen Arbeitgebern des öffentlichen Dienstes wechseln können. Neue Arbeitgeber sollen als Anreiz bei einer Einstellung die erforderlichen Haushaltsmittel aus dem Einzelplan 60 erhalten. Darüber hinaus unterstützt die Bundeswehr den Wechsel von Überhangpersonal zu privaten Arbeitgebern, z. B. durch Bewerbungstrainings.

Daneben will das Bundesverteidigungsministerium mit einem befristeten Reformbegleitprogramm den Personalbestand schnell und sozialverträglich anpassen. Hierfür stellt es seit dem Jahr 2012 Haushaltsmittel bereit, u. a. für Abfindungen bei Dienstzeitverkürzungen. Dadurch können z. B. bis zu 3 100 Berufssoldatinnen und -soldaten sowie 1 500 Beamtinnen und Beamte vorzeitig in den Ruhestand versetzt werden. Mit Verpflichtungsprämien und einer verbesserten Vergütung will das Bundesverteidigungsministerium zugleich die Attraktivität des Dienstes in der Bundeswehr steigern und neues Personal gewinnen.

Tabelle 50.5 zeigt, für welche Maßnahmen das Bundesverteidigungsministerium im Zeitraum 2014 bis 2018 die für das Reformbegleitprogramm vorgesehenen Haushaltsmittel ausgeben möchte.

Tabelle 50.5

Übersicht über die geplanten Ausgaben im Reformbegleitprogramm

| Maßnahme | Haushaltsjahr | | | | |
|---|----------------------------------|--------------------|--------------------|--------------------|------------------|
| | 2014 1. Haus- haltsentwurf | 2015 Finanzplan | 2016 Finanzplan | 2017 Finanzplan | 2018 Prognose |
| | in Mio. Euro | | | | |
| Abfindungen für militärisches Personal | 186,3 | 186,3 | 172,0 | 155,4 | 152,7 |
| Abfindungen für ziviles Personal | 18,7 | 18,7 | 16,9 | 15,6 | 14,7 |
| Verbesserung der Vergütung | 75,0 | 75,0 | 75,0 | 75,0 | 75,0 |
| Verpflichtungsprämien für Zeitsoldatinnen und -soldaten | 18,0 | 18,0 | 18,0 | 18,0 | 18,0 |
| Sonstige Maßnahmen | 2,0 | 2,0 | 18,1 | 36,0 | 39,6 |
| Summe | 300,0 | 300,0 | 300,0 | 300,0 | 300,0 |

Erläuterung: Zu den sonstigen Maßnahmen zählen die Weiterentwicklung der Berufsförderung, die Verbesserung der Kinderbetreuung sowie die Werbung für Zivilpersonal.

Quelle: Einzelplan 14. Für das Jahr 2014: 1. Haushaltsentwurf; für die Jahre 2015 bis 2017: Finanzplan; für das Jahr 2018: Prognose des Bundesverteidigungsministeriums.

Eine vom Bundesverteidigungsministerium eingerichtete Projektgruppe soll für das Überhangpersonal Beschäftigungsalternativen bei anderen Arbeitgebern erfassen und die Personalvermittlung koordinieren. Bis April 2013 konnte die Projektgruppe 936 Bewerberinnen und Bewerber an neue Arbeitgeber vermitteln. Zudem bewilligte das Bundesverteidigungsministerium auf der Grundlage des Reformbegleitprogramms die Anträge von 2 854 Beschäftigten auf eine vorzeitige Beendigung des Dienstes. In den kommenden Jahren werden 1 300 Berufssoldatinnen und -soldaten sowie 154 Beamtinnen und Beamte vorzeitig in den Ruhestand versetzt. 1 400 Soldatinnen und Soldaten haben ihre Dienstzeit verkürzt.

Daneben sollen Aufgaben der Personalabrechnung zusammen mit dem jeweiligen Personal beginnend ab dem 1. Juli 2013 schrittweise von der Bundeswehr auf Behörden des Bundesinnenministeriums und des Bundesfinanzministeriums verlagert werden. Hiervon sind rund 2 000 Dienstposten im Geschäftsbereich des Bundesverteidigungsministeriums betroffen.

Das Bundesverteidigungsministerium plant, seine Ziele beim militärischen Personal im Jahr 2017 und beim zivilen Personal nach dem Jahr 2018 zu erreichen. Für das Jahr 2017 sieht es Personalausgaben von 9,8 Mrd. Euro vor. Damit hätte es seine Personalausgaben im Vergleich zum Jahr 2014 um 737,6 Mio. Euro (7 %) reduziert.

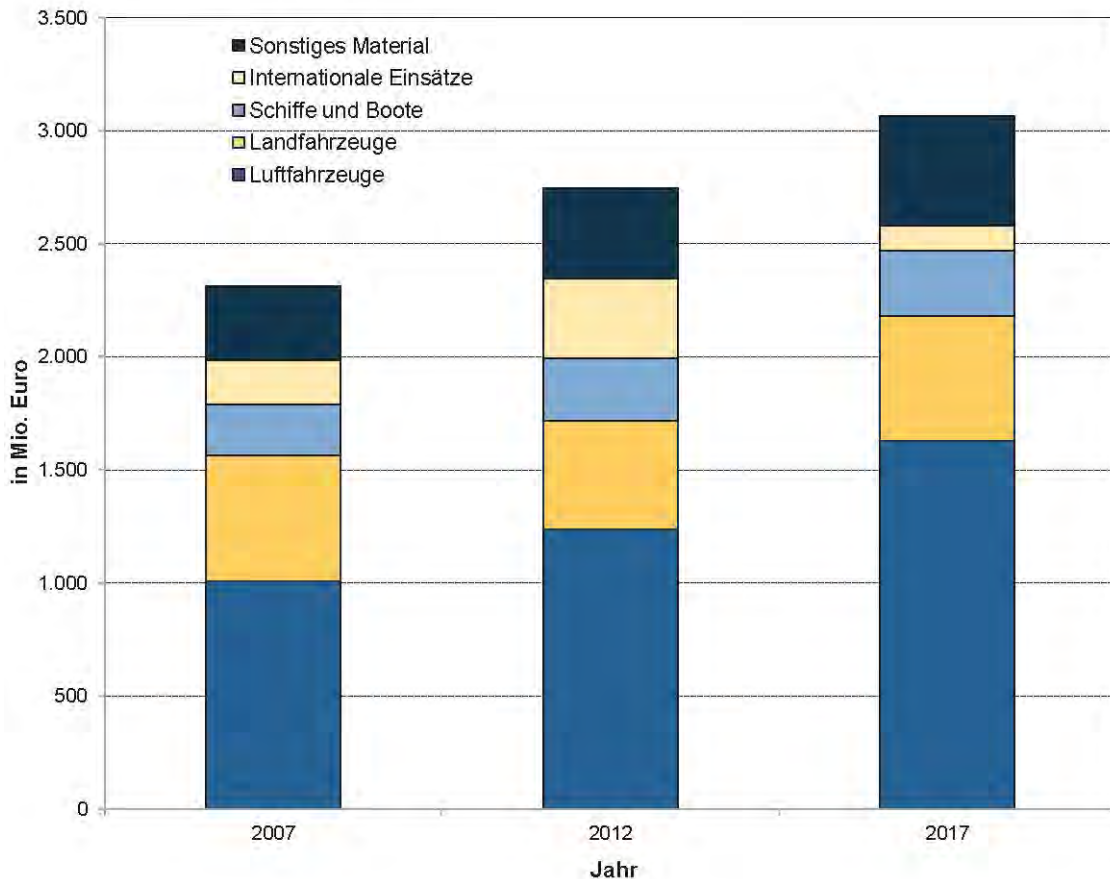
50.3.1.2 Ausgaben für die Materialerhaltung

Die Bundeswehr lässt mit Haushaltsmitteln für die Materialerhaltung Instandsetzungen und Maßnahmen der Technisch-Logistischen Betreuung (technische Unterstützungsleistungen) bei Industrieunternehmen durchführen. Zudem kauft sie damit Ersatzteile und Beratungsleistungen ein. Der Großteil dieser Ausgaben wird bei Kapitel 1409 (Materialerhaltung) veranschlagt.

Abbildung 50.1 stellt die Ausgaben für die Materialerhaltung in den Jahren 2007, 2012 sowie für das Jahr 2017 für Luftfahrzeuge, Landfahrzeuge, Schiffe und Boote, internationale Einsätze sowie sonstiges Material dar.

Abbildung 50.1

Verteilung der Ausgaben für die Materialerhaltung



Quelle: Einzelplan 14. Für die Jahre 2007 und 2012: Haushaltsrechnung; für das Jahr 2017: Finanzplan.

Im Jahr 2012 gab die Bundeswehr für die Materialerhaltung 2,7 Mrd. Euro aus, die Ausgaben waren damit 432,9 Mio. Euro (18,7 %) höher als im Jahr 2007. Bis zum Jahr 2017 sollen sie um weitere 317,5 Mio. Euro (11,6 %) auf 3,1 Mrd. Euro ansteigen. Dabei sind insbesondere für die Materialerhaltung von Luftfahrzeugen höhere Ausgaben geplant (vgl. Nr. 50.2). Die niedrigeren geplanten Ausgaben für die Materialerhaltung bei internationalen Einsätzen berücksichtigen bereits das vorgesehene Ende des ISAF-Einsatzes.

Nach der Wiedervereinigung wurde die Bundeswehr in mehreren Schritten reformiert und den geänderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen angepasst. Dabei reduzierte die Bundeswehr u. a. ihre Bestände an Luftfahrzeugen, Landfahrzeugen sowie Schiffen und Booten. Vor diesem Hintergrund hat der Bundesrechnungshof für den Zeitraum 1991 bis 2017 die Entwicklung der Ausgaben für die Materialerhaltung den jeweiligen Beständen gegenübergestellt.

Aus Gründen der Vereinfachung hat der Bundesrechnungshof in den nachfolgenden Abbildungen Preissteigerungen bei den von der Bundeswehr erworbenen Materialerhaltungsleistungen nicht dargestellt. Er hat festgestellt, dass sich an dem dargestellten Ergebnis auch dann nichts Grundsätzliches ändert, wenn man die inzwischen eingetretenen Preissteigerungen berücksichtigt.

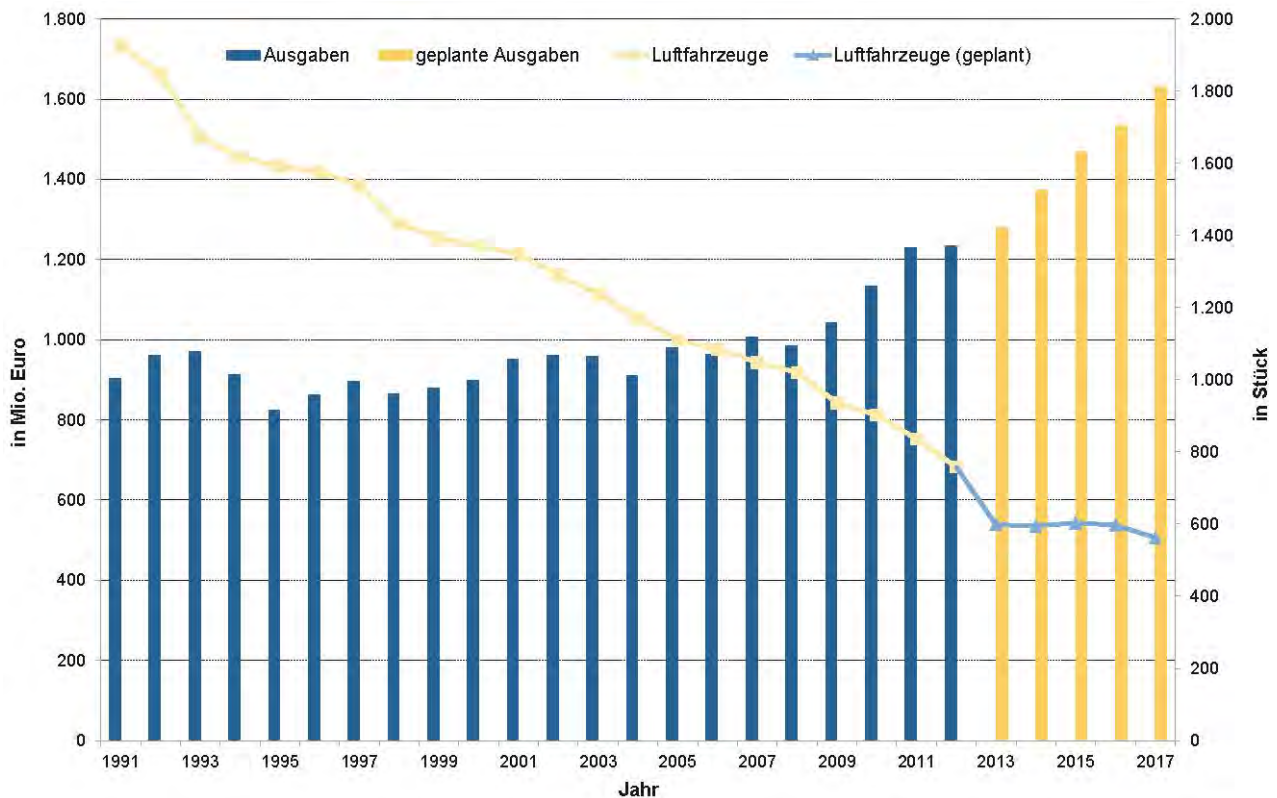
Ausgaben für die Materialerhaltung bei internationalen Einsätzen hat der Bundesrechnungshof in den nachfolgenden Abbildungen nicht erfasst. Nach dem Bundeswehrplan sollen hierfür im Zeitraum 2013 bis 2017 durchschnittlich pro Jahr 27,2 Mio. Euro für die Luftwaffe, 131,8 Mio. Euro für das Heer sowie 20 Mio. Euro für die Marine zusätzlich zur Verfügung stehen.

Luftfahrzeuge

Abbildung 50.2 stellt für die Jahre 1991 bis 2017 die Ausgaben für die Materialerhaltung der Luftfahrzeuge dem Bestand in den jeweiligen Jahren gegenüber.

Abbildung 50.2

Entwicklung der Anzahl an Luftfahrzeugen sowie der Ausgaben für deren Materialerhaltung



Erläuterung: Zu den Luftfahrzeugen zählt der Bundesrechnungshof hier ausschließlich Flugzeuge und Hubschrauber der Bundeswehr. Luftfahrzeuge der ehemaligen Nationalen Volksarmee und Drohnen betrachtet er in diesem Zusammenhang nicht.

Quelle: Einzelplan 14. Für die Jahre 1991 bis 2012: Haushaltsrechnung; für das Jahr 2013: Bundeshaushalt; für die Jahre 2014 bis 2017: 1. Haushaltsentwurf und Finanzplan. Für die Bestandszahlen: Bundesverteidigungsministerium.

Im Jahr 1991 verfügte die Bundeswehr über 1 928 Luftfahrzeuge. Bis zum Jahr 2012 reduzierte sie den Bestand um mehr als 60 %. Die Anzahl soll in den nächsten fünf Jahren weiter sinken. Die Bundeswehr plant für das Jahr 2017 mit einem Bestand von 562 Luftfahrzeugen. Im Vergleich zum Ausgangsjahr 1991 hätte sie damit ihren Bestand auf weniger als ein Drittel (29,1 %) reduziert.

Im Zeitraum 1991 bis 2008 bewegten sich die Ausgaben für die Materialerhaltung der Luftfahrzeuge auf einem gleichbleibenden Niveau. Danach stiegen sie an. Für die Jahre 2013 bis 2017 sind weiter steigende Ausgaben geplant. Sie sollen im Jahr 2017 mehr als 1,6 Mrd. Euro betragen und damit 726,9 Mio. Euro (80,5 %) höher sein als im Ausgangsjahr 1991.

Das Bundesverteidigungsministerium wies darauf hin, dass eine Reduzierung des Bestands an Luftfahrzeugen nicht zwangsläufig zu geringeren Ausgaben für technische Unterstützungsleistungen führe. Die höheren Ausgaben für die Materialerhaltung begründete es zudem mit den neu zulaufenden Luftfahrzeugtypen, wie dem Eurofighter. Diese seien komplexer als ihre Vorgänger. Die Rüstungsindustrie halte hierfür unabhängig vom Bestand teure, vertraglich vereinbarte Materialerhaltungskapazitäten vor. Damit entstünden mit Zulauf des ersten neuen Luftfahrzeugs hohe Ausgaben für die Materialerhaltung. Dieser Sockelbetrag steige mit dem Zulauf weiterer Luftfahrzeuge zunächst nicht. Die vorgehaltenen Materialerhaltungskapazitäten würden lediglich besser ausgelastet. Durch die Einbindung der Rüstungsindustrie habe die Bundeswehr Ausgaben für eigenes Instandsetzungspersonal und Material einsparen können. Im Übrigen seien die für den Eurofighter vorgehaltenen Materialerhaltungskapazitäten bereits ausgelastet. Daher müsse die Bundeswehr zusätzliche Materialerhaltungsleistungen einkaufen.

Landfahrzeuge

Bei den Landfahrzeugen haben sich die Ausgaben für die Materialerhaltung anders entwickelt. Hier hat der Bundesrechnungshof seit dem Jahr 2000 wiederholt die geringe Auslastung sowie die hohen Ausgaben für Betrieb und Materialerhaltung beanstandet. Er hat empfohlen, die Fahrzeugflotte zu verkleinern und effizienter zu bewirtschaften.

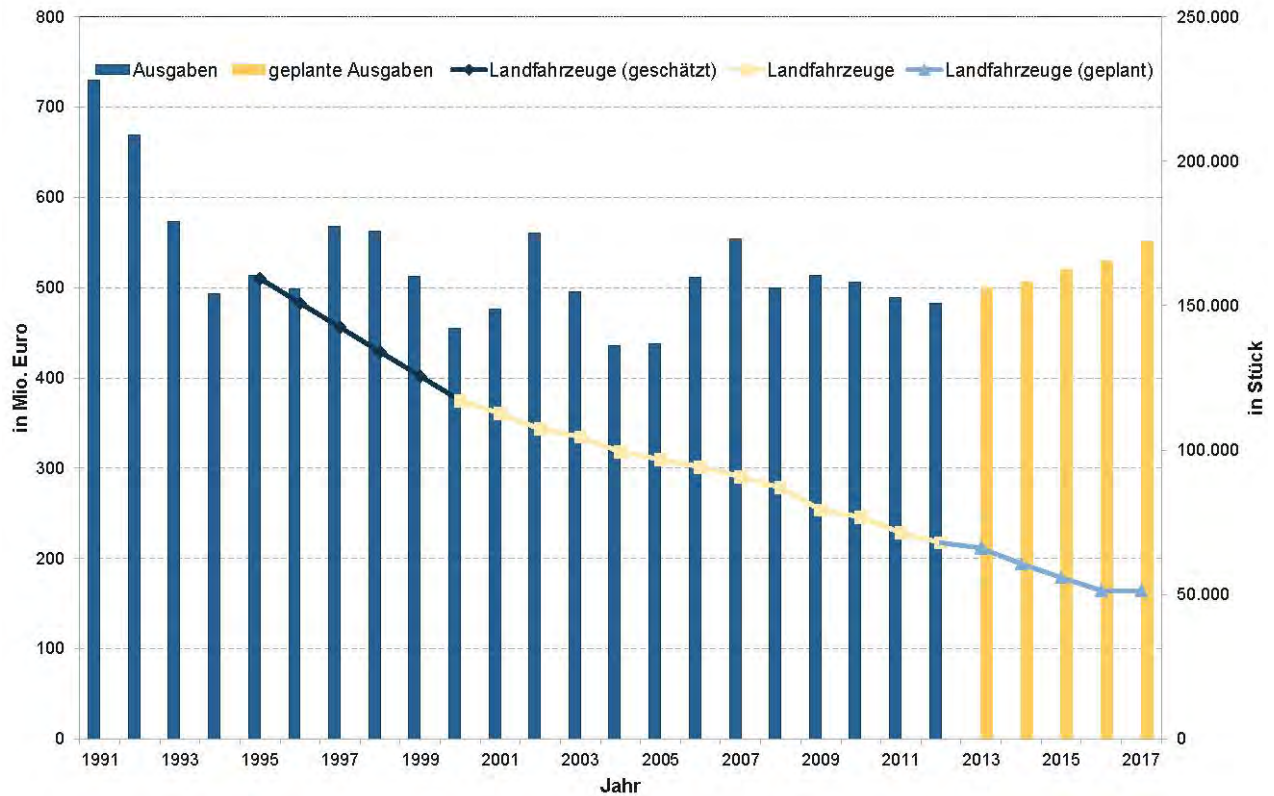
Abbildung 50.3 stellt für die Jahre 1991 bis 2017 die Ausgaben für die Materialerhaltung der Landfahrzeuge dem Bestand in den jeweiligen Jahren gegenüber. Die Darstellung berücksichtigt ausschließlich die im Einzelplan 14 unmittelbar für die Materialerhaltung der Landfahrzeuge ausgewiesenen Haushaltsmittel. Sie umfasst die bei Kapitel 1409 Titel 553 07 (Erhaltung des Fahrzeug- und Kampffahrzeugmaterials der Streitkräfte) sowie bei Kapitel 1407 Titel 553 49 (Betrieb der Heeresinstandsetzungslogistik) veranschlagten Mittel. Nicht enthalten sind Zahlungen an die im Jahr 2002 gemeinsam mit einem Industrieunternehmen gegründete BwFuhrparkService GmbH (vgl. Nr. 50.3.2). Im Jahr 2014 sind hierfür 390 Mio. Euro vorgesehen.

Die BwFuhrparkService GmbH vermietet Landfahrzeuge verschiedenen Typs, z. B. Pkw, Lkw oder Sonderfahrzeuge, gegen ein Nutzungsentgelt an die Bundeswehr. Deren Anteil ist in den vergangenen Jahren im Vergleich zur insgesamt von der Bundeswehr genutzten Fahrzeugflotte gestiegen. Im Gegenzug sonderte die Bundeswehr einen Teil ihrer alten Landfahrzeuge aus. Weil die BwFuhrparkService GmbH die von ihr bereitgestellten Landfahrzeuge in der Regel früher erneuert, als die Bundeswehr dies bisher getan hat, ist das Durchschnittsalter der Fahrzeugflotte gesunken.

Ausgaben für die Materialerhaltung der angemieteten Landfahrzeuge fallen nicht gesondert an. Sie sind Bestandteil des Nutzungsentgelts. Der Anteil für die Materialerhaltung der angemieteten Landfahrzeuge lässt sich allerdings nicht beziffern.

Abbildung 50.3

Entwicklung der Anzahl an Landfahrzeugen sowie der Ausgaben für deren Materialerhaltung



Quelle: Einzelplan 14. Für die Jahre 1991 bis 2012: Haushaltsrechnung; für das Jahr 2013: Bundeshaushalt; für die Jahre 2014 bis 2017: 1. Haushaltsentwurf und Finanzplan. Für die Bestandszahlen: Bundesverteidigungsministerium.

Die Bundeswehr konnte in der Vergangenheit ihren Bestand an Landfahrzeugen nicht genau beziffern. Nach der Übernahme von Landfahrzeugen der ehemaligen Nationalen Volksarmee schätzte das Bundesverteidigungsministerium den Bestand auf mehr als 200 000 Landfahrzeuge. In den Folgejahren begann die Bundeswehr, diesen deutlich zu reduzieren. Erste belastbare Zahlen wiesen im Jahr 1995 noch 159 300 Landfahrzeuge aus. Bis zum Jahr 2012 sank die Anzahl auf 67 800.

In den kommenden Jahren soll die Anzahl der Landfahrzeuge weiter sinken. Das Bundesverteidigungsministerium hat Bestandsobergrenzen für die jeweiligen Fahrzeugtypen eingeführt und als Zielgröße 51 300 Landfahrzeuge vorgegeben. Die Bundeswehr hätte damit ihren Bestand an Landfahrzeugen im Vergleich zum Ausgangsjahr 1991 auf ein Viertel reduziert.

Bis zum Jahr 1994 sanken die Ausgaben für die Materialerhaltung der Landfahrzeuge um etwa ein Drittel auf 492,9 Mio. Euro. In den Folgejahren bewegten sie sich unter teils größeren Schwankungen auf gleichbleibendem Niveau. Schätzungen des Bundesrechnungshofes zufolge konnte die Bundeswehr in diesem Zeitraum Ausgaben für die Materialerhaltung in Milliardenhöhe vermeiden, indem sie nicht mehr benötigte Landfahrzeuge aussonderte. Daneben erzielte sie Einnahmen aus dem Verkauf der ausgesonderten Landfahrzeuge.

Die deutlich reduzierte Fahrzeugflotte besteht zu einem großen Teil aus neueren und damit weniger reparaturanfälligen Landfahrzeugen. Gleichwohl rechnet die Bundeswehr nicht mit weiter sinkenden Ausgaben für die Materialerhaltung der Landfahrzeuge. In den Jahren 2013 bis 2017 sollen sie sogar wieder steigen. Für das Jahr 2017 sind 552 Mio. Euro vorgesehen.

Die Entwicklung der Ausgaben für die Materialerhaltung begründete das Bundesverteidigungsministerium u. a. damit, dass immer noch ein Drittel aller Landfahrzeuge älter als 20 Jahre sei. Diese Altfahrzeuge müsse die Bundeswehr trotz

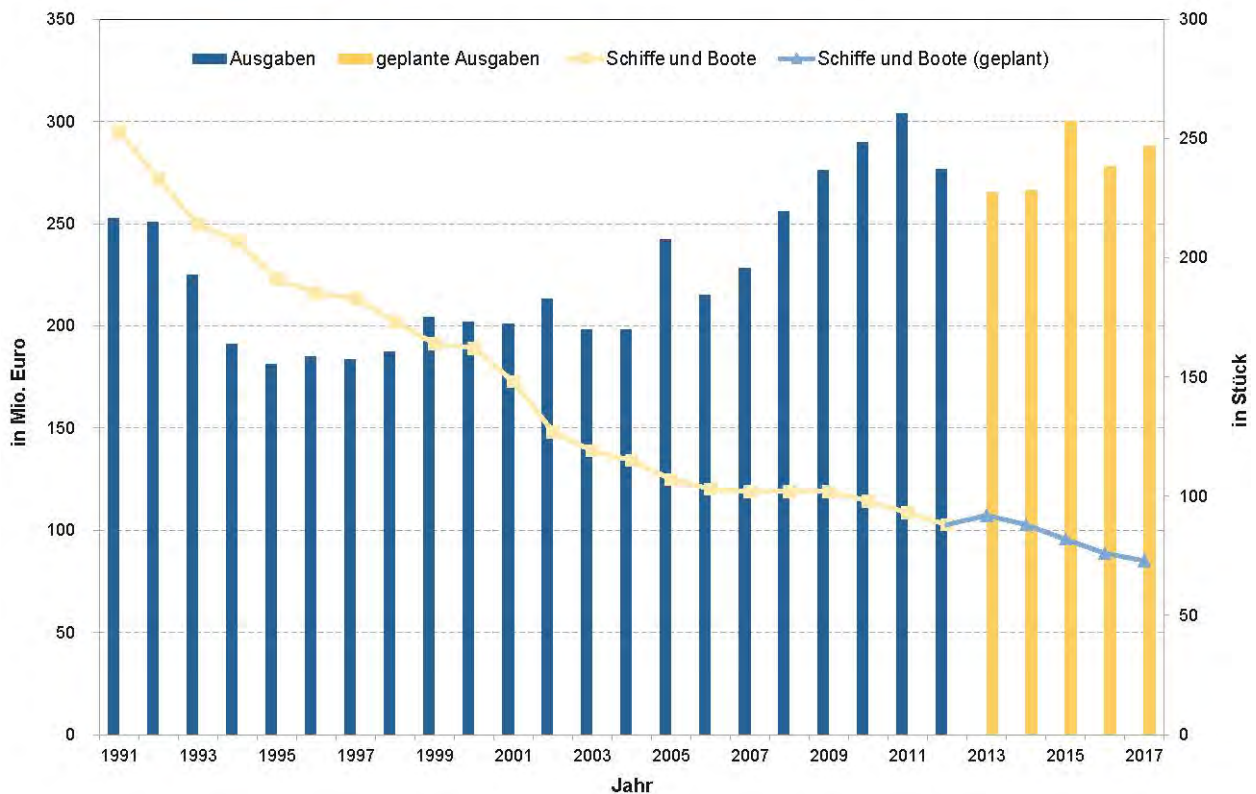
hoher Kosten weiter nutzen. Zudem rechnet das Bundesverteidigungsministerium mit höheren Ausgaben für die Instandsetzung von Landfahrzeugen, die mit dem Ende des ISAF-Einsatzes aus Afghanistan zurückgeführt wurden. Im Übrigen seien neue Landfahrzeuge technisch komplexer und daher deutlich teurer zu betreiben.

Schiffe und Boote

Abbildung 50.4 stellt für die Jahre 1991 bis 2017 die Ausgaben für die Materialerhaltung der Schiffe und Boote dem Bestand in den jeweiligen Jahren gegenüber.

Abbildung 50.4

Entwicklung der Anzahl an Schiffen und Booten sowie der Ausgaben für deren Materialerhaltung



Erläuterung: Ausgaben für ziviles und militärisches Personal in den Instandsetzungseinrichtungen der Bundeswehr sind nicht enthalten. Die Bestandszahlen beziehen sich ausschließlich auf die Schiffe und Boote der Marine.

Quelle: Einzelplan 14. Für die Jahre 1991 bis 2012: Haushaltsrechnung; für das Jahr 2013: Bundeshaushalt; für die Jahre 2014 bis 2017: 1. Haushaltsentwurf und Finanzplan. Für die Bestandszahlen: Bundesverteidigungsministerium.

Im Jahr 1991 verfügte die Marine über 253 Schiffe und Boote. Bis zum Jahr 2012 reduzierte sie den Bestand um mehr als 65 %. Die Anzahl der Schiffe und Boote soll in den nächsten fünf Jahren weiter sinken. So plant die Bundeswehr für das Jahr 2017 mit einem Bestand von 73 Schiffen und Booten. Im Vergleich zum Ausgangsjahr 1991 hätte sie damit ihren Bestand auf etwa ein Viertel (28,9 %) reduziert.

Bis zum Jahr 1995 sanken die Ausgaben für die Materialerhaltung der Schiffe und Boote um etwa ein Viertel auf 180,9 Mio. Euro. Danach stiegen sie bis auf 303,9 Mio. Euro im Jahr 2011 an und gingen im Jahr 2012 wieder zurück. Auch im Jahr 2013 sind rückläufige Ausgaben für die Materialerhaltung von Schiffen und Booten geplant. Ab dem Jahr 2014 sollen sie wieder steigen.

Das Bundesverteidigungsministerium erklärte den geplanten Anstieg ab dem Jahr 2014 mit der in der Vergangenheit mehrfach verschobenen Instandsetzung von Korvetten. Zudem habe es im Finanzplan für das Jahr 2015 zusätzliche Ausgaben für planmäßige Inspektionen der Fregatten berücksichtigt.

Die Bundeswehr plant, Schiffe künftig intensiver zu nutzen. So sollen die ab dem Jahr 2016 zulaufenden Fregatten der Klasse 125 sowie die geplanten Mehrzweckkampfschiffe mehr als doppelt so lange auf See verbleiben wie die derzeit genutzten Fregatten. Welche Auswirkungen dies auf die Ausgaben für die Materialerhaltung haben wird, lässt sich derzeit noch nicht abschätzen.

Fazit

Eine Reduzierung des Bestands an Luftfahrzeugen, Landfahrzeugen sowie Schiffen und Booten führte in der Vergangenheit nicht zwangsläufig zu niedrigeren Ausgaben für deren Materialerhaltung. Der Bundesrechnungshof hält es daher für erforderlich, den Gründen für die gegenläufige Entwicklung bei den Beständen und den Ausgaben für die Materialerhaltung verstärkt nachzugehen. Mit Blick auf die im Zuge der Neuausrichtung geplante Reduzierung der Bestände sollte das Bundesverteidigungsministerium zudem Einsparziele für die Materialerhaltung formulieren. Bei der Beschaffung sollte es alle erwarteten Ausgaben über den gesamten Nutzungszeitraum in seine Entscheidung einbeziehen.

Das Bundesverteidigungsministerium hat angekündigt, die Entwicklung der Ausgaben für die Materialerhaltung zu untersuchen. Es sollte dabei auch hinterfragen, ob und in welchem Umfang sich die von ihm genannten Faktoren auswirken.

50.3.2 Betreibermodelle

Mithilfe von Betreibermodellen will das Bundesverteidigungsministerium Aufgaben der Bundeswehr besser erfüllen. Dabei handelt es sich entweder um Beteiligungen des Bundesverteidigungsministeriums an privatrechtlichen Unternehmen (Beteiligungsgesellschaften), wie der BWI Informationstechnik GmbH, der HIL Heeresinstandsetzungslogistik GmbH, der LH Bundeswehr Bekleidungsgesellschaft mbH, der BwFuhrparkService GmbH, oder um sonstige Kooperationen mit Industrieunternehmen, z. B. zum Chartern von Transportkapazitäten.

Mit Wirkung vom 11. Januar 2013 übernahm der Bund die von Industrieunternehmen gehaltenen Anteile an der HIL Heeresinstandsetzungslogistik GmbH. Seitdem ist das Bundesverteidigungsministerium alleiniger Gesellschafter. Die Laufzeiten der mit der HIL Heeresinstandsetzungslogistik GmbH, der LH Bundeswehr Bekleidungsgesellschaft mbH sowie der BwFuhrparkService GmbH vereinbarten Verträge enden in den kommenden Jahren. Derzeit prüft das Bundesverteidigungsministerium, wie es die von den Industrieunternehmen erbrachten Leistungen künftig bereitstellen lässt.

Tabelle 50.6 zeigt die Entwicklung der geplanten Ausgaben für Betreibermodelle und ihre prozentuale Veränderung zum Vorjahr.

Tabelle 50.6

Übersicht über die Entwicklung der Ausgaben für Betreibermodelle im Einzelplan 14

| | Haushaltsjahr | | | | |
|------------------------------------|---------------|--------------|--------------|--------------|----------------------------------|
| | 2010 Soll | 2011 Soll | 2012 Soll | 2013 Soll | 2014 1. Haus- haltsentwurf |
| Betreibermodelle (in Mio. Euro) | 1 603,2 | 1 600,8 | 1 556,4 | 1 617,9 | 1 564,0 |
| Veränderung zum Vorjahr (in %) | 6,3 | -0,1 | -2,1 | 3,9 | -3,3 |

Quelle: Erläuterungen und Vergleiche des Bundesverteidigungsministeriums zum Regierungsentwurf des Verteidigungshaushalts.

Der Bundesrechnungshof hat sich wiederholt zu den finanziellen Auswirkungen der Wahrnehmung von Aufgaben der Bundeswehr durch Beteiligungsgesellschaften geäußert (zuletzt: Bemerkungen 2012, Bundestagsdrucksache 17/11330 Nr. 58). Dabei wies er darauf hin, dass Betreibermodelle die Bundeswehr über einen längeren Zeitraum binden und den Gestaltungsspielraum im Einzelplan 14 einschränken. Zudem stellte er fest, dass das Bundesverteidigungsministerium Aufgaben der Beteiligungsverwaltung nur unzureichend wahrnahm. Der Bundesrechnungshof führte dies insbesondere darauf zurück, dass der Bund Auftraggeber und als Gesellschafter des Unternehmens zugleich Auftragnehmer ist. Dieses Spannungsverhältnis hatte das Bundesverteidigungsministerium nicht sachgerecht aufgelöst.

50.3.3 Verteidigungsinvestive Ausgaben

Ein Viertel der Haushaltsmittel im Einzelplan 14 steht für verteidigungsinvestive Ausgaben zur Verfügung. Nach der Bundeshaushaltsordnung gelten Ausgaben mit militärischem Bezug nicht als Investitionen. Insofern handelt es sich um konsumtive Ausgaben. Die Bundeswehr hingegen verwendet den Begriff der verteidigungsinvestiven Ausgaben, um den nachhaltigen Charakter dieser Ausgaben hervorzuheben. Auch bei den verteidigungsinvestiven Ausgaben ist der Gestaltungsspielraum durch langfristige vertragliche Verpflichtungen eingeschränkt.

Die Verschiebung des Aufgabenspektrums der Bundeswehr beeinflusst auch Art und Umfang der militärischen Beschaffungen. Für die Teilnahme an internationalen Einsätzen benötigt die Bundeswehr hochwertige und technisch komplexe Rüstungsgüter, deren Entwicklung und Beschaffung erheblichen zeitlichen und finanziellen Aufwand erfordern.

Die Entwicklung der verteidigungsinvestiven Ausgaben zeigt Tabelle 50.7. Die Titelansätze sind seit dem Jahr 2010 um 712 Mio. Euro gesunken.

Tabelle 50.7

Übersicht über die Entwicklung der verteidigungsinvestiven Ausgaben im Einzelplan 14

| | Haushaltsjahr | | | | |
|---|---------------|--------------|--------------|--------------|----------------------------------|
| | 2010 Soll | 2011 Soll | 2012 Soll | 2013 Soll | 2014 1. Haus- haltsentwurf |
| Verteidigungsinvestive Ausgaben (in Mio. Euro) | 7 554,8 | 7 347,2 | 7 363,9 | 7 120,5 | 6 842,8 |
| Veränderung zum Vorjahr (in %) | -0,9 | -2,7 | 0,2 | -3,3 | -3,9 |

Quelle: Erläuterungen und Vergleiche des Bundesverteidigungsministeriums zum Regierungsentwurf des Verteidigungshaushalts.

50.3.4 Versorgungsausgaben

Die Versorgungsausgaben für die Bundeswehr werden im Einzelplan 14 veranschlagt. Ihre Entwicklung zeigt Tabelle 50.8. Bis zum Jahr 2014 sollen sie auf mehr als 5 Mrd. Euro ansteigen.

Tabelle 50.8

Übersicht über die Entwicklung der Versorgungsausgaben im Einzelplan 14

| | Haushaltsjahr | | | | |
|---------------------------------------|---------------|--------------|--------------|--------------|----------------------------------|
| | 2010 Soll | 2011 Soll | 2012 Soll | 2013 Soll | 2014 1. Haus- haltsentwurf |
| Versorgungsausgaben (in Mio. Euro) | 4 476,5 | 4 632,2 | 4 692,3 | 5 037,6 | 5 040,8 |
| Veränderung zum Vorjahr (in %) | 1,0 | 3,5 | 1,3 | 7,4 | 0,1 |

Quelle: Erläuterungen und Vergleiche des Bundesverteidigungsministeriums zum Regierungsentwurf des Verteidigungshaushalts.

Für die Entwicklung der Versorgungsausgaben ist insbesondere entscheidend, wie sich die Höhe der Versorgungsbezüge und die Zahl der Versorgungsempfänger verändert.

50.4 Einnahmen

Einnahmen spielen im Einzelplan 14 eine untergeordnete Rolle. So sind für das Haushaltsjahr 2014 Einnahmen von 292,1 Mio. Euro vorgesehen. Der Einzelplan 14 enthält die Einnahmenbereiche „Verwaltungseinnahmen“ sowie „übrige Einnahmen“.

Zu den Verwaltungseinnahmen zählen z. B. Einnahmen aus Gebühren und aus der Veräußerung von beweglichen oder unbeweglichen Sachen. In den Bereich der übrigen Einnahmen fallen z. B. Einnahmen aus Zinsen für gewährte Darlehen oder aus Erstattungen für Maßnahmen der Bundeswehr im Zusammenhang mit internationalen Einsätzen.

50.5 Ausblick

Der Einzelplan 14 weist in den Jahren 2014 bis 2016 sinkende Gesamtausgaben auf (vgl. Tabelle 50.9).

Tabelle 50.9

Übersicht über die Entwicklung des Einzelplans 14

| | Haushaltsjahr | | | | | |
|-----------------------------------|---------------|--------------|---------------------------------------|--------------------|--------------------|--------------------|
| | 2012 Soll | 2013 Soll | 2014 1. Haus- halts- entwurf | 2015 Finanzplan | 2016 Finanzplan | 2017 Finanzplan |
| Einzelplan 14 (in Mio. Euro) | 31 871,9 | 33 258,1 | 32 835,7 | 32 170,7 | 32 142,3 | 32 142,3 |
| Veränderung zum Vorjahr (in %) | 1,0 | 4,3 | -1,3 | -2,0 | -0,1 | 0 |

Quelle: Einzelplan 14. Für die Jahre 2012 und 2013: Haushaltsplan; für das Jahr 2014: 1. Haushaltsentwurf; für die Jahre 2015 bis 2017: Finanzplan.

Das Bundesverteidigungsministerium will die Neuausrichtung einschließlich der Stationierungsentscheidungen im Wesentlichen bis Ende 2016 abschließen. Dabei plant es, die Zielstruktur bis Ende 2015 zu erreichen. Zum selben Zeitpunkt möchte es etwa drei Viertel der Stationierungsentscheidungen umgesetzt haben. Seine Abbauziele beim militärischen Personal will das Bundesverteidigungsministerium im Jahr 2017, beim zivilen Personal nach dem Jahr 2018 erreichen.